

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz



Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkasse Nr. 12 — Sächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkonten: Dresden 33 327

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingiehhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Koblappner

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaaltene 35 mm breite Beitzelle 20 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“
„Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Absperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 98 Bad Schandau, Donnerstag, den 28. April 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Bei einem Brand in einer Töpferei in Weiblingen ist ein 80 jähriger Mann infolge der starken Rauchentwicklung erstickt.
* Die Gleiwitzer „Oberschlesischen Nachrichten“ sind durch Verfügung der Warschauer Regierung für polnisch-Oberschlesien, Polen und Pomerellen verboten worden.
* Der Staatspräsident des brasilianischen Bundesstaates Sao Paulo, Carlos de Campos, ist gestorben.

Der Genfer Fehlschlag.

Die dritte Tagung des Vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungskonferenz in Genf hat mit einer Schlusskonferenz ihre Beratungen beendet. Für weitere Beratungen wurde vorläufig der 1. November 1927 in Aussicht genommen.

Im Englischen Unterhaus sagte Unterstaatssekretär Lamson vom Auswärtigen Amt auf eine Anfrage hin, er fürchte, der Stand der Arbeiten des Ausschusses für die Abrüstungskonferenz, jedenfalls in Genf, er möge nicht, einen auch nur ungefähren Zeitpunkt für die Eröffnung der Abrüstungskonferenz selbst anzugeben.

Das ist ein ganz unverhülltes Wort über das Ergebnis der Arbeiten, mit denen sich jene Kommission nun seit vielen Wochen abgemüht hat und die nun zu Ende sind. Der englische Unterstaatssekretär erklärt unzweideutig, daß man zu irgendeinem praktischen Ergebnis in Genf nicht gekommen sei. Vergebens hat sich der Kommissionsvorsitzende in seiner Abschiedsrede bemüht, doch noch allerhand Ergebnisse festzustellen, aber Glaube hat er damit nicht gefunden, so höflich man ihm zuhörte. In der Welt draußen wird man unhöflicher sein und die Wirklichkeit nun nicht so zu verschleiern suchen, wie das durch die langen Reden in Genf geschah. Der deutsche Delegierte, Graf Bernstorff, jedenfalls hat in Ausführungen, die er nach der Schlusskonferenz gegenüber den Pressevertretern gegenüber getan hat, dem Kind den rechten Namen gegeben. Mit aller Höflichkeit hat er auf die Seite der Konferenz den einen Posten gestellt, daß man jetzt wenigstens die Auffassungen der verschiedenen Regierungen in der Abrüstungsfrage erfahren habe. Er glaubt sicher selbst nicht daran, daß dieser Posten irgendwie von Belang ist. Man braucht diese Auffassungen wirklich nicht mehr kennenzulernen, weil sie bekannt genug waren. Die Seite des Konferenzabschlusses wird aber von dem Grafen Bernstorff erheblich schwerer belastet. „Die Regierungen haben in den Instruktionen, die sie ihren Delegierten erteilten, sehr wenig Eifer für die Sache der Abrüstung an den Tag gelegt“, sagte er. Daher das Resultat: die von der Kommission unterbreiteten Vorschläge lassen keine oder nur eine sehr geringe Änderung in den Rüstungen der verschiedenen Mächte erwarten, Änderungen, die auf keinen Fall irgendwelchen Unterschied in ihrer Rüstungsstärke herbeiführen würden.

Denn Beschlüsse hat die Kommission gefaßt, nur haben sie das eine Unangenehme an sich, daß sie kuerbar wie Klammern sind und jeglichen Inhalt verlieren, sobald man sie anpackt. Was nützt es denn, wenn gemäß Artikel 8 des Völkerbundes die allgemeinen Rüstungen „auf ein Mindestmaß herabzusetzen sind, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Durchführung der durch ein gemeinsames Handeln auferlegten internationalen Verpflichtungen vereinbar ist“, und daß der Völkerbundrat die Aufgabe und die Verpflichtung hat, diese allgemeinen Sätze aus ihrer theoretischen Unbestimmtheit in praktische Wirklichkeit umzusetzen. Was nützt es weiter, daß sich aus diesem Artikel für Deutschland als Mitglied des Völkerbundes das Recht ergibt, nicht nur die Beschränkung, sondern auch die Herabsetzung der Rüstungen zu fordern, wie es Bernstorff auch jetzt wieder betonte. Er erhofft die künftige Beteiligung Sowjetrußlands an den Abrüstungsberatungen; aber man wird in dem sehr realpolitischen Moskauer nach diesen Ergebnissen nur spöttisch die Achseln zucken. Die Völkerbundsidee hat wieder einmal einen starken Stoß erlitten, wie Bernstorff festzustellen sich nicht scheute. Die Erwartungen, die die öffentliche Meinung mancher Kreise auf die Arbeiten der Konferenz setzten, sind enttäuscht; die Abrüstung aber sollte das wahre Ziel des Völkerbundes sein. Denn die beiden anderen Ziele, nämlich Schiedsgericht und Sicherheit, sind nur Folgerungen. „Der Völkerbund wird seine Autorität einbüßen, wenn ihm die Durchführung der Abrüstung nicht gelingt; denn die Welt erwartet die Sicherheit erst durch die Abrüstung“, stellte Graf Bernstorff des weiteren fest.

Was nun kommen soll? Graf Bernstorff, der selbst bisher ein begeisterter Befürworter der Idee der Abrüstung und des Völkerfriedens war, kehrt um vieles nüchterner nach Berlin zurück. Er sprach in Genf noch die Hoffnung aus, daß die Völkerbunderversammlung, die öffentliche Meinung der ganzen Welt ihren Einfluß ausüben müssen, damit in der künftigen zweiten Lesung der bisherigen Kommissionsbeschlüsse ein wirklicher Erfolg erzielt werde.

Er damit mehr aussprach als eine höflich Schlussworte bei Beendigung dieser Kommissionsarbeiten? Wir glauben es nicht; Enthüllung der Wirklichkeit ist vielmehr das, was jener englische Unterstaatssekretär zu gleicher Stunde wie Bernstorff im Unterhaus ausführte. Er weiß nicht, wann die Abrüstungskonferenz überhaupt kommt. Und hätte hinzufügen können, er wisse nicht, ob die Abrüstung überhaupt kommt.

Vorbehalte Deutschlands.

Eine Luftflotte des Völkerbundes.

Auf Veranlassung Deutschlands wurde in der Genfer Schlusskonferenz an die Spitze des Kapitels über die Restriktionsbestimmungen eine deutsche Generalreserve eingetragen. Mit dieser Generalreserve wird die eventuelle spätere Zustimmung Deutschlands zu dem von Frankreich aufgestellten und in erster Lesung unter deutschem Vorbehalt angenommenen Grundsatz, daß alle bereits bestehenden Abrüstungsverpflichtungen, also auch die des Versailler Vertrages, durch die Bestimmungen der Abrüstungskonvention nicht berührt werden können, von der Erfüllung der verschiedenen grundsätzlichen deutschen Forderungen, vor allem in bezug auf die ausgebildeten Reserven und das gesamte Kriegsmaterial, abhängig gemacht. Gleichzeitig wird die Schaffung von Garantien dafür verlangt, daß in annehmbaren Fristen sichtbare Fortschritte auf dem Wege einer allgemeinen Abrüstung nötig sind, als dies durch die geplante erste Abrüstungskonvention der Fall sein wird.

Auf der Tagung der Internationalen Luftfahrtkommission in London wurde ein Antrag angenommen, nach dem dem Völkerbund das Recht zur Unterhaltung einer eigenen Luftflotte gewährt werden soll. Für eine solche Luftflotte sollen bestimmte internationale Unterscheidungsmerkmale festgesetzt werden.

Protest gegen französische Schießübungen.

Zwei Granaten bei einem Gut krepieren.

Am 21. April hat die Artillerie der französischen Besatzungstruppen auf dem Schießplatz von Jellingen bei Trier, der aus ehemals bebautem Gelände besteht, Schießübungen abgehalten. Um 11 Uhr vormittags flogen kurz nacheinander zwei Granaten über den Weinort Oberemmel hinweg, dicht an dem Domkirche von Trier gehörenden Weingutshof Scharzhof vorbei und schlugen in einer Entfernung von 100 Meter von dem Gebäude in eine Wiese, wo sie krepieren. Dreißig Meter von dieser Stelle befand sich eine Anzahl Arbeiterinnen bei der Arbeit. Da die Explosion auf einer sumpfigen Wiese stattfand, war ihre Wirkung nicht sehr groß und von den Mädchen wurde daher niemand verletzt. Die deutschen Behörden haben wegen des Vorfalls Beschwerde bei der Besatzung erhoben.

Die Schießübungen bei Trier eingestellt.

Koblenz, 28. April. Der Schritt der Regierung in Trier bei den Besatzungsbehörden wegen der Schießübungen in Jellingen bei Trier, bei denen zwei Granaten in unmittelbarer Nähe mehrerer auf dem Felde arbeitender Frauen krepieren, hat die Wirkung gehabt, daß die Schießübungen eingestellt wurden. Es stehen in dieser Angelegenheit weitere Schritte der deutschen zuständigen Stellen bevor, um eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse zu verhindern.

Die französische Dementlichkeit und die Rheinlandräumung.

Paris, 27. April. Die von der deutschen Presse in der letzten Zeit erneut und mit großer Leidenschaft erörterte Frage der Rheinlandräumung wird von der französischen Dementlichkeit und den amtlichen Kreisen mit verstärkter Aufmerksamkeit verfolgt, da man im allgemeinen der Ansicht ist, daß die Reichsregierung hinter den Veröffentlichungen steht.

In unterrichteten französischen Kreisen wird berichtet, daß die französische Regierung ihre Stellungnahme zur Rheinlandräumung nicht geändert habe und daß auch keinerlei Veranlassung zu der Annahme vorliegt, daß sie diese in einer näheren oder weiteren Zukunft ändern werde. Sie ist nach wie vor der Ansicht, daß die Frage der Rheinlandräumung nur im Einverständnis mit den anderen Alliierten gemeinsam gelöst werden könne und vor allem der Sicherheit Frankreichs an seinen Ostgrenzen untergeordnet werden müsse. Die Frage der Mobilisierung der Eisenbahnobligationen oder anderer finanzieller Gegenleistungen spielt heute keine Rolle mehr, da die französischen Finanzen sich in überraschender Weise erholt haben und

Frankreich heute über einen großen Vorrat an Devisen zur Stärkung seiner Währung verfügt. Daher betrachtet die französische Regierung die Räumungsfrage fast ausschließlich vom Sicherheitsstandpunkt aus und wird ihn als wichtigsten in den Vordergrund stellen, falls Deutschland die Frage der Rheinlandräumung ansprechen sollte. Solange die Militärvorlage nicht Gesetz geworden ist und ihre Anwendung findet und solange nicht der Verteidigungsgürtel an der Ostgrenze geschaffen worden ist, ist Frankreich nach Auffassung der französischen Regierung nicht ausreichend geschützt (?). Die Vermutung liegt nahe, daß die französische Regierung sich einer Räumung solange widersetzen wird, wie sie sich nicht ausreichend sicher fühlt. In welchem Umfange daher die französische Regierung die Räumung des Rheinlandes von einem Ost-Lothar-Pakt abhängig machen will, dafür gehen die Ansichten in sonst gut unterrichteten Kreisen weit auseinander.

Demgegenüber muß immer wieder betont werden, daß Deutschland das einwandfreie Recht hat, die Räumung des Rheinlandes zu fordern und daß französische Forderungen wegen irgendwelcher deutscher Gegenleistungen daher überflüssig sind.

Unwetterwäden.

In Ostpreußen

hat der Sturm mannigfachen Schaden an den Telephonleitungen und Häusern angerichtet. Infolge des mit einer Sekundengeschwindigkeit von 22 Metern aus dem Haff in den Pregel drückenden Sturmes stieg der Fluß 1,40 Meter über seine normale Höhe. Der Maschinenraum der neuen Eisenbahnbrücke wurde unter Wasser gesetzt. Das Hochwasser reicht bis Tapiau. In der Nähe von Frauenburg strandete ein Schlepper mit einem Kahn. Die Mannschaft wurde von Frauenburg aus geborgen. Ein Holz Kahn geriet auf der Höhe von Mävenhaken in Seenot. Die Besatzung konnte mit knapper Not unter schweren Anstrengungen gerettet werden. Ein zur deutschen Grenzwehr gehörender Zollkutter ist bei Kahlberg gestrandet. Seine Besatzung konnte sich selbst an Land retten. Die beiden nach Berlin und Stettin fahrenden Flugzeuge konnten nicht starten.

In Dommern

wütete der mit kleinen Unterbrechungen schon seit Tagen anhaltende Sturm in der ganzen Provinz, vornehmlich im Rißengebiet der Ostsee, und erreichte mit einem aus dem kommenden Orkan, Windstärke 11, seinen Höhepunkt. Der Orkan richtete an Gebäuden und den Leitungsnetzen großen Schaden an. Sogar im Stadtgebiet von Stettin wurden mehrere Schaufensterscheiben vom Sturm eingedrückt.

Das Oderhochwasser.

Die aus dem Oberlauf der Oder gemeldete große Hochwasserwelle hat in ihrer Ausläufer das Gebiet von Schwedt-Garz erreicht. Die Wasserbauverwaltung hat Mannschaften und Material bereitgestellt, um bei etwaigen Dammbrüchen eingreifen zu können. Um die Gefahr für die Dammdeiche zu vermindern und auch den allgemeinen Hochwasserstand der Oder im Unterlauf abzusenken, mußten die Schleusen zu zwei bisher gegen das Hochwasser durch Deiche noch geschützten Wiesenpoldern zwischen Schwedt und Garz geöffnet werden. Mehrere tausend Morgen Wiesen und einige Acker wurden dadurch der Übersutina preisgegeben.

Die Mississippi-Überschwemmung.

Die Wassermassen des über seine Ufer getretenen Mississippi befinden sich noch in der Nähe von Memphis, aber binnen einem oder zwei Tagen werden sie in New Orleans Leben und Eigentum der Einwohner in Gefahr bringen, wenn nicht praktische Schritte getan werden. Der Gouverneur von Louisiana hat infolgedessen den Kriegsssekretär in Washington um Erlaubnis ersucht, die Dämme unterhalb von New Orleans mit Dynamit zu sprengen. Hierdurch würden viele Quadratmeilen Ackerland überschwemmt werden. Die besorgten Landeute patrouillieren bereits mit Gewehren bewaffnet die Dämme ab, um etwaige Syrenmannschaften fernzuhalten. Wenn die Regierung indessen die erwünschte Erlaubnis gibt, so würden die Personen, deren Grundstücke überschwemmt würden, für ihre Verluste entschädigt werden.

Der Gouverneur von Louisiana mußte die Nationalgarde aufrufen, um Zusammenstöße zu vermeiden. Der Gouverneur von Arkansas hat dringend um Zuführung von Zinnpulver gegen Typhus und Cholera gebeten. In Arkansas sind auf der Krone des schmalen Deiches rund 3000 Menschen vom Wasser eingeschlossen. Frank W. Hayne, der frühere Präsident der Baumwollbörse von New Orleans, schätzte den Verlust der Baumwollrente durch die Überschwemmung auf eine Million Ballen, die Memphiser Baumwollkreise schätzen den Verlust sogar auf 1 1/2 Millionen.